

Abo **Fall Hefenhofen**

Tiere sollen endlich Rechte erhalten

Um sie besser zu schützen, sollen Tiere einen Anwalt erhalten, fordern Parlamentarierinnen und Tierschützer. Unterstützung erhalten sie von einem prominenten Rechtsprofessor.



Cyrill Pinto

Publiziert: 23.03.2024, 23:30



Gerettete Tiere vom «Quälhof» Hefenhofen: 2017 sorgte der Fall für Aufsehen – heute sollen Tiere mit einer Tieranwaltschaft mehr Rechte erhalten.

Foto: Beat Mathys (Tamedia)

Die Bilder der toten und abgemagerten Pferde schockierten die Schweiz. Als die Polizei 2017 in Hefenhofen TG auf Anordnung des

Amtstierarztes endlich durchgriff und den Hof räumte, mussten manche Tiere erlöst werden, weil sie nicht transportfähig waren.

Die Behörden hatten seit Jahren von den Zuständen auf dem Hof gewusst. Doch bei jeder Anordnung wehrte sich der Quälbauer juristisch. Polizisten drohte er mit seinem Waffenarsenal. 2023 kam es zum Prozess in erster Instanz. Weil das Gericht die meisten Bilder und Rapporte nicht als Beweis zuliess, kam der Täter mit einer geringen Geldstrafe wegen Tierquälerei davon. Der damals zuständige Amtstierarzt wurde erst diese Woche vom Vorwurf der Tierquälerei durch Unterlassung und Begünstigung freigesprochen. Beide Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Tierschützer kritisierten die Untätigkeit der Behörden im Fall Hefenhofen scharf – und nennen ihn als Beispiel für die Notwendigkeit einer Tieranwaltschaft. Denn vor Gericht sprach vor allem der Anwalt des Tierhalters und des damaligen Amtstierarztes. Die Staatsanwaltschaft klagte sie zwar an – im Namen der Tiere sprach jedoch niemand.

Tiere können ihre Interessen nicht wahrnehmen

Doch das könnte sich in Zukunft ändern. Letzte Woche wurde der Bundesrat im Rahmen [eines Postulats damit beauftragt ↗](#), die Einsetzung eines Tieranwalts zu prüfen. Ausserdem sollen Tiere erstmals subjektive Rechte erhalten. 22 Parlamentarier haben den Vorstoss unterzeichnet.

Eingereicht hat das Postulat die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz. Als ausgebildete ETH-Agraringenieurin kennt sie die Situation in der Tierhaltung sehr gut. Immer wieder versucht sie diese mit Vorstössen im Parlament zu verbessern. So werden etwa seit einem Vorstoss von Munz im Jahr 2017 auf Höfen risikobasierte Kontrollen durchgeführt. Verstösse gegen das Tierrecht können so effizienter entdeckt und behoben werden.

Tiere seien nicht in der Lage, ihre Interessen selbst wahrzunehmen, sagt Munz. Verfahren würden häufig vorschnell zulasten der

Tiere eingestellt. Einzig einzelne Ämter oder Strafverfolgungsbehörden würden die rechtlichen Interessen der Tiere wahrnehmen – oft mehr schlecht als recht, wie etwa im Fall Hefenhofen. «Hier hätte sich ein Anwalt früh für die Situation der Tiere einsetzen und intervenieren können», so Munz. Wehre sich der Besitzer rechtlich gegen Interventionen, seien den Behörden oft die Hände gebunden. Im Fall Hefenhofen hätte ein Interessenvertreter im Namen der Tiere intervenieren und so den Amtstierarzt zum Handeln zwingen können.



Nationalrätin Martina Munz (SP, SH): «Die heutige Situation wird den Tieren schlicht nicht gerecht.»

Foto: Keystone / Alessandro della Valle

Für Munz wäre die Anerkennung von Tieren als rechtliche Subjekte eine Anpassung des Rechts an den gesellschaftlichen Wandel. «Noch vor 100 Jahren waren Tiere einfach eine Sache, mit der man tun konnte, was man wollte. Das ist heute nicht mehr so», erklärt Munz. Zwar seien Standards bei der Tierhaltung in vielen Gesetzen geregelt, doch bei der Umsetzung hapere es – eben weil die Tiere

selbst nicht als Rechtssubjekt gelten. «Die heutige Situation wird den Tieren schlicht nicht gerecht», sagt Munz.

Das sehen auch Rechtswissenschaftler wie der bekannte Ökonom Peter V. Kunz so. Im letzten Jahr veröffentlichte er ein Standardwerk zum Tierrecht und forderte [im Interview mit dieser Redaktion](#), dass Tiere subjektive Rechte erhalten sollen. Zwar habe man die Rechte von Tieren etwas verbessert, jedoch ohne sie zu Rechtssubjekten zu machen. «Hinreichend ist das noch längst nicht. Der Bundesrat und das Parlament könnten und sollten aktiver werden», sagte Kunz.

Schlägt man ein Tier, ist das Sachbeschädigung

Auch er kam zum Schluss, dass das Tierschutzrecht von vielen Veterinärämtern zu wenig gut durchgesetzt werde. Zwar hätten Tiere einen erhöhten rechtlichen Schutz, doch juristisch seien sie immer noch «eine atypische Sache», so Kunz. «Wenn ich ein Tier schlage und es stirbt, ist das strafrechtlich weder eine Körperverletzung noch eine Tötung, sondern nur eine Sachbeschädigung.»

Hinter dem Vorstoss steht auch die Tierrechtsorganisation Tier im Fokus (TIF), die diesen als «historisch» bezeichnet. «Das Postulat ist ein wichtiger Schritt hin zu unserer Vision, in der Menschen und Tiere friedlich koexistieren», sagt TIF-Präsident Tobias Sennhauser. Heute befänden sich Tiere rechtlich auf der gleichen Stufe wie ein Auto oder ein Möbelstück, neben dem Menschen gälten nur juristische Personen als rechtsfähig. «Wenn unser Verein als Rechtssubjekt gilt, wieso dann nicht auch die Tiere, für die wir uns einsetzen?», fragt Sennhauser.

Er nennt die Tieranwaltschaft, die von 1992 bis 2010 bereits im Kanton Zürich galt, als gutes Beispiel für eine Rechtsvertretung für Tiere. Doch diese wurde bei der Revision der Strafprozessordnung aus formalistischen Gründen wieder abgeschafft. Seither nimmt das Veterinäramt in Tierschutzstrafverfahren die Parteirechte der Tiere wahr.

Doch viele Kantone hätten nicht vergleichbare Ressourcen wie Zürich, vor allem aber seien Veterinärämter anders als eine Tieranwaltschaft nicht unabhängig, sagt Sennhauser. «Da die Veterinärämter auch für die Kontrollen im Tierschutz zuständig sind, kommt es immer wieder zu Interessenkonflikten.» Deshalb mache eine Regelung auf nationaler Ebene Sinn. Erst 2010 wurde ein ähnliches Anliegen für einen Tierschutzanwalt vom Stimmvolk mit über 60 Prozent der Stimmen verworfen. Jetzt könnte die Zeit reif sein, für einen neuen Anlauf.

Cyrill Pinto berichtet für den Tages-Anzeiger aus dem Bundeshaus mit den Schwerpunkten Energie, Umwelt, Mobilität und Landwirtschaft. [Mehr Infos](#)
✕ @cyrill_pinto